

Braunschweiger Volksfreund

Sonntag, 11. September 2005

Zeitung der SPD Braunschweig zur Bundestagswahl

• Anzeige

■ Jede Stimme zählt!

Wählen gehen ist Bürgerrecht, aber auch Bürgerpflicht. Wer nicht wählt, verzichtet auf Einfluss und überlässt anderen ohne Not die Verantwortung. Besonders kleine Parteien wie die FDP profitieren von einer Wahlenthaltung.

► Jede Stimme zählt, bitte gehen Sie wählen!

■ Im Wahlamt täglich wählen

Alle, die am Wahltag nicht in Braunschweig sind und denen die Briefwahl zu kompliziert ist, können auch direkt im Wahlamt, Reichsstraße 3, wählen.

Das Wahlamt hat zu folgenden Zeiten geöffnet:

- Mo. 9.00 - 18.00 Uhr
- Di. - Fr. 9.00 - 16.30 Uhr
- Sa. 9.00 - 12.00 Uhr

■ Keine Wahlbenachrichtigung erhalten?

Die Wahlbenachrichtigungskarten zur Bundestagswahl wurden bis Ende August zugestellt.

Nur wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann an der Wahl teilnehmen. Eine fehlende Wahlbenachrichtigungskarte kann ein Indiz sein, dass keine Eintragung im Wählerverzeichnis vorliegt.

Alle Braunschweiger, die keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, aber meinen, wahlberechtigt zu sein, sollten ihr Wahlrecht sofort mit dem Wahlamt klären.

Unter der Telefonnummer 470-4114 können Sie prüfen lassen, ob die Eintragung ins Wählerverzeichnis erfolgt ist.

■ Briefwahl beantragen

Briefwahl kann beantragen, wer am Wahltag „aus besonderen Gründen“ nicht das zuständige Wahllokal aufsuchen kann. Die Briefwahl-Unterlagen müssen rechtzeitig schriftlich oder persönlich im Wahlamt, Reichsstraße 3, angefordert werden. Weitere Infos unter Telefon 470-4114.

■ Fahrdienst zur Wahl

Sie wollen wählen gehen, sind aber schlecht zu Fuß? Da hilft der SPD-Fahrdienst, der Sie am Wahltag von 10-17 Uhr zu Ihrem Wahllokal bringt. Voranmeldungen sind möglich unter Telefon 480-9821.

► Am Wahltag ist der SPD-Fahrdienst ab 10 Uhr erreichbar.

Es geht ums Ganze!

Merkel und Westerwelle wollen den Sozialstaat zerschlagen

Der Beifall der über 500 Delegierten wollte kein Ende nehmen – nach der anderthalbstündigen Rede von Bundeskanzler Schröder auf dem Wahlparteitag der SPD in Berlin. Sie hatten verstanden, was er seit Monaten immer wieder betonte: Bei der Bundestagswahl am 18. September müssen die Wähler und Wählerinnen eine Richtungsentscheidung treffen. Sie müssen entscheiden, ob es weitergehen soll mit der Reformpolitik, mit dem solidarischen und sozial gerechten Umbau des Sozialsystems, oder ob eine schwarz-gelbe Koalition eine konservative Wende herbeiführen und den Sozialstaat zerschlagen kann.

Jetzt geht es tatsächlich ums Ganze. Denn bei schlechten Umfrageergebnissen für die SPD und einem Meinungshoch für Schwarz-Gelb sahen sich Merkel und Westerwelle schon an der Macht. Deswegen hielten sie es auch nicht für nötig, mit ihren Absichten hinter dem Berge zu halten.

Bürgerversicherung oder Kopfpauschale?

Und so wurde eines schnell deutlich: Bei allen Vorhaben, die Merkel und Westerwelle nach der Wahl in die Tat umsetzen wollen, geht es nur um eines: die Gutverdienenden zu entlasten und den vielzitierten „kleinen Mann“ zu belasten. Das beginnt beim Gesundheitswesen. Hier wollen SPD und Grüne die Bürgerversicherung einführen, also eine Krankenversicherung, in die auch Beamte und Selbständige einzahlen müssen. Dabei soll das Solidarprinzip erhalten bleiben: Gesunde zahlen für Kranke, und die Starken zahlen für die Schwachen. Bei hohen Einkommen ist also der Beitrag höher als bei niedrigen Einkommen. CDU und FDP setzen die Kopfpauschale dagegen: Jeder Versicherte zahlt den gleichen Beitrag, unabhängig vom Einkommen – der Chefarzt genau so viel wie die Krankenschwester, der Vorstandsvorsitzende soviel wie der Akkordarbeiter. Das mag einfach und über-

schaubar sein, aber gerecht ist das kaum, und erst recht nicht sozial.

Gerechte Steuern für alle!

Entsprechend wirkt auch die von der CDU geplante Steuerreform: Niedrigere Steuersätze für die Spitzenverdiener, aber eine höhere Steuerbelastung für die meisten Arbeitnehmer. Dazu wird die Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertagszuschlägen aufgehoben. Und vor allem soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Das ist nicht nur unsozial, weil es hauptsächlich Familien und Bürger mit niedrigem Einkommen trifft. Es ist geradezu verantwortungslos zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Konjunktur langsam zu erholen beginnt. Die mit jeder Mehrwertsteuererhöhung verbundenen Preissteigerungen sind Gift für die Konjunktur, führen zu Kaufzurückhaltung und deshalb zu Wachstumseinbußen – das Ergebnis ist eine weitere Schwächung des Arbeitsmarktes.

Kündigungsschutz oder Willkür?

Und um ihren Sympathisanten in Industrie und Wirtschaft entgegenzukommen, wollen CDU und FDP den Kündigungsschutz für die große Masse der Unternehmen aufheben und in die Tarifhoheit eingreifen. In dieser Zeit, in der viele Bürger Angst um den Arbeitsplatz haben, verstärkt sich dadurch das Gefühl der Recht- und Schutzlosigkeit vieler Arbeitnehmer in ihren Betrieben. Auch das ist ein radikaler Bruch mit der sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten stark gemacht hat.

Frieden und Freiheit

Deutschland hat sich nicht am Krieg im Irak beteiligt – aus guten Gründen. Mit einer Kanzlerin Angela Merkel und CDU/CSU stünden deutsche Truppen jetzt in Bagdad – mit allen Konsequenzen. SPD und Bundesregierung setzen sich ein für Frieden und Freiheit. Das ist unsere Überzeugung und unsere historische Verpflichtung.



Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann kandidiert wieder für den Deutschen Bundestag. An der Seite von Gerhard Schröder will sie auch weiter Politik für die Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger machen. Dr. Reimann ist eine der wenigen ausgebildeten Naturwissenschaftlerinnen im Deutschen Bundestag mit besonderen Kenntnissen in den Bereichen Gesundheit, Wissenschaft und Forschung.

Noch ist es nicht zu spät!

Wie gesagt, das alles konnte nicht verborgen bleiben. Und so kamen viele, die SPD und Bundesregierung für ihre Sozialreformen wie in NRW mit ihrer Wahlentscheidung abstrafen wollten, offensichtlich ins Grübeln – mit erheblichen Auswirkungen auf die Umfrageergebnisse. Alle seriösen Meinungsumfragen zeigen: Für eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bund reicht es nicht, und bei der „Kanzlerfrage“ liegt Gerhard Schröder weit vor Frau Merkel.

Nun sind Umfragen keine Wahlergebnisse, und abgestimmt wird am 18. September. Der Bundeskanzler hat recht: Diese Bundestagswahl ist eine Richtungswahl! Soll Deutschland ein Land bleiben, in dem das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes gilt, oder soll in Wirtschaft und Gesellschaft das Recht des Stärkeren gelten? Jeder und jede kann das mitentscheiden – jede Stimme zählt.

4:0 für Schröder

Merkel verliert TV-Duell klar und eindeutig

■ Mit großer Spannung war es erwartet worden: Das einzige Fernsehduell zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner Herausforderin Angela Merkel von der CDU. Sie hatte sich ja wegen angeblicher „Terminschwierigkeiten“ geweigert, einem weiteren Treffen zuzustimmen. So kam es zu dieser einen Veranstaltung, die gleichzeitig über vier Fernsehkanäle übertragen wurde.

Schnell wurde den Zuschauern der Sendung klar, was der eigentliche Grund für diese Weigerung war: Sie ist dem Kanzler in der direkten Auseinandersetzung nicht gewachsen und weiß das. Und sie und ihrer Berater fürchteten zu Recht die Auswirkung, die das auf bisher unentschlossene Wählerinnen und Wähler haben könnte.

Der Verlauf des Fernsehduells hat alle diese Befürchtungen bestätigt. Bundeskanzler Schröder war ruhig, sachlich und souverän, wie von vielen vorher erwartet. Schon beim Eintreffen der CDU-Kandidatin war ihr die Nervosität und die Spannung deutlich anzumerken. Auch sie wusste schließlich, dass ein Viertel der Wählerinnen und Wähler erklärt hatten, der Ausgang des Duells werde ihre

Wahlentscheidung beeinflussen.

Wenn das wirklich so kommt, muss sie das Schlimmste befürchten, denn alle objektiven Beobachter mit der klaren Mehrheit der Zuschauerinnen und Zuschauer stimmen darin überein: Eindeutiger Sieger in dieser Auseinandersetzung war Gerhard Schröder – in ARD, ZDF, RTL und SAT1, also ein klarer 4:0-Sieg.

**Am 18. September:
Carola nach Berlin**

X X SPD

Keine Stimme verschenken!

Beide Stimmen optimal einsetzen

Am 18. September ist Bundestagswahl. Und wie bei jeder Wahl versucht die FDP es wieder und bittet um die Zweitstimmen. Dabei rechnen die Wahlkampfstrategen dieser Partei damit, dass viele Wähler die Einzelheiten des Wahlrechts nicht so genau kennen und die „Zweitstimme“ eben nicht für so wichtig halten wie die „Erststimme“, so dass man damit etwas lockerer umgehen könnte.

Fakt ist: Allein die Zweitstimmen entscheiden darüber, mit wie vielen Abgeordneten eine Partei in den Bundestag einzieht. Die Zweitstimmen entscheiden, ob es einen rot-grünen Kanzler oder eine schwarz-gelbe Kanzlerin gibt. Deshalb nennen Politikwissenschaftler die Zweitstimme auch „Kanzlerstimme“. Also, liebe Wählerinnen und Wähler, gehen Sie sorgsam damit um.

Die Erststimme dagegen bestimmt darüber, welche Personen als Abgeordnete in den Bundestag einziehen. Hat am 18. September Dr. Carola Reimann die höchste Zahl der Erststimmen im Wahlkreis Braunschweig, so zieht sie wieder als direkt gewählte Ab-

geordnete in den Deutschen Bundestag ein. Hat dagegen der CDU-Kandidat auch nur eine Stimme in diesem Wahlkreis mehr, so ist er gewählt und wird Abgeordneter.

Das sollten vor allem Wählerinnen und Wähler der Grünen bedenken. Sicher ist Rainer Zabel, ihr Direktkandidat, eine respektable Persönlichkeit. Er hat allerdings keine Chance, die Mehrheit der Erststimmen zu erreichen. Eine grüne Erststimme für ihn ist also verschwendet und nützt nur dem CDU-Kandidaten - einem Mann, der bei der Wahl vor drei Jahren den Einsatz von Atomwaffen im Irak für überlegenwert hielt und sich immer noch - oder schon wieder - für den

Bau von Atomkraftwerken einsetzt - Atom-Müller eben.



► Ein Stimmensplitting - Erststimme für Dr. Carola Reimann und die Zweitstimme für die GRÜNEN - schadet ihrer Partei nicht, aber nützt Rot-Grün und Braunschweig. ◀

Finanzmittel für den Lückenschluss der Autobahn A39 gesichert

Was lange währt, wird endlich gut - ein altes deutsches Sprichwort. Im Osten Braunschweigs wird es wahr werden - dank des Einsatzes der Braunschweiger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Carola Reimann und ihrer Kollegen Hans-Jürgen Uhl aus Wolfsburg und Hubertus Heil aus Peine. Es geht um die A39, die Autobahn, die von Rünigen über Südstadt, Rautheim und Cremlingen bis zum Autobahnkreuz Königslutter führen soll - als Teilstück einer durchgehenden Autobahnverbindung von der A7 über Braunschweig und Wolfsburg bis Lüneburg.

Über 20 Jahre alt sind die Pläne. Verwirklicht wurde aber zunächst nur das Braunschweiger Teilstück von Rünigen bis Rautheim und der Anschluss der Stadt Wolfsburg an die A2 bis zum Autobahnkreuz Wolfsburg-Königslutter. Die im Bau befindlichen Teilstrecken zum Schöppenstedter Turm (Fertigstellung bis Oktober 2005) und dann weiter bis Cremlingen (Fertigstellung bis zum Jahresende) ergeben einen wesent-



Die Fertigstellung der A39 bis Cremlingen ist bis Ende des Jahres geplant. Foto: Alexander Gräbner

chen Fortschritt.

Eine wirkliche Entlastung bringt aber erst der vollständige Lückenschluss bis zum Kreuz Wolfsburg-Königslutter. Er ermöglicht eine östliche Umfahrung der Stadt Braunschweig auf der Strecke Berlin-Kassel auch für den Lkw- und Schwerlastverkehr und entlastet so die Braunschweiger Westtangente, die eine wichtige Rolle für den innerörtlichen Verkehr spielt und sich wegen ihrer hohen Be-

lastung längst zu einem Unfall- schwerpunkt entwickelt hat.

Den vereinten Anstrengungen der SPD-Abgeordneten ist es nun gelungen, die Mittel für das letzte Teilstück der Strecke in den Straßenbauhaushalt des Bundes einzustellen. Damit ist die Fertigstellung der Strecke gesichert; der Termin ist nur noch eine Frage des Baufortschrittes, nicht der Mittelbereitstellung. Wir alle werden davon profitieren.

Eine strahlende Zukunft für die Region?

⚠ Eine Gefahr schwebt über Niedersachsen - diese Gefahr heißt Angela Merkel. Denn die Union setzt auf die niedersächsischen Salzstöcke Gorleben und Schacht Konrad als Endlagerstandorte. Im Falle eines Wahlsiegs soll das rot-grüne Erkundungsmoratorium für Gorleben aufgehoben werden. Vor allem aber will die Union Schacht Konrad in Salzgitter zur Lagerung von Atommüll verwenden. Für die ehemalige Erzgrube nahe Salzgitter liegt bereits eine Genehmigung zum Lagern von mittlerradioaktivem Müll vor. Ein weiterer Ausbau wurde jedoch von der Bundesregierung auf die lange Bank geschoben. Sollten CDU und FDP die Bundestagswahl gewinnen, wird die Inbetriebnahme von Schacht Konrad mit aller Macht vorangetrieben. Die Inbetriebnahme als Atommüllendlager ist für 2012/2013 vorgesehen.



CDU/CSU und FDP wollen Schacht Konrad als Atommüllendlager ab 2012/2013 durchsetzen. Foto: Jens Krone

In Sachen Energiepolitik hat Rot-Grün Maßstäbe gesetzt:

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz sind in den letzten sieben Jahren 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Auch unsere Stadt hat dadurch gewonnen. So wird der Braunschweiger Solaranlagenbauer Solvis in den nächsten Jahren seine Mitarbeiterzahl von derzeit knapp 100 auf 150 erhöhen - wenn die Energiepolitik nicht geändert wird. Niedersachsen ist darüber hinaus Spitzenreiter im Bereich Windenergie. Insgesamt werden knapp zehn Prozent des Stromverbrauches in Deutschland mittlerweile durch erneuerbare Energien gedeckt.

Die von Rot-Grün eingeleitete Energiewende muss zum Wohle unserer Region Bestand haben. Der Großraum Braunschweig darf nicht das Atomklo von Deutschland werden!



Auch eine Erfolgsstory der Bundestagsabgeordneten Dr. Carola Reimann: Sie erreichte die Vergabe von Bundesmitteln für den Ausbau und die Modernisierung des Braunschweiger Hafens. Foto: Alexander Gräbner

Glanzlicht oder Störfeuer?

Zunächst sah es so aus, als wäre Frau Merkel ein Geniestreich gelungen. Der eigentlich der FDP nahestehende Wirtschaftspräsident Paul Kirchhof sollte als Glanzlicht das eher farblose „Kompetenzteam“ aufwerten. Doch als der Professor seine utopischen Steuerentwürfe, die so gar nicht zu dem so genannten CDU/CSU-Regierungsprogramm passten, über die Medien verbreitete, war die Aufregung groß. Zwar kam sofort Beifall von der FDP, aber Frau Merkel war eifrig bemüht, alle Kirchhof-Pläne als mögliche Zukunftsvisionen abzutun, um zunächst die Steuer-Vorhaben des Wahlprogramms umsetzen zu können.

Als nun selbst konservative Zeitungen die Widersprüche ausführlich darstellten, wuchsen auch die Proteste in der eigenen Partei. Die CDU-Ministerpräsidenten Koch, Müller und Wulff sowie der baden-

württembergische Finanzminister Stratthaus sind dabei nur die prominenteren Kritiker.

Kirchhof indes zeigte sich fle-

hält Kirchhofs Hin und Her für eine „bewusste Irreführung der Bevölkerung“.

Tatsache ist, dass sich weder

„Frauen machen Karriere innerhalb der Familie!“

Paul Kirchhof, Frau Merkels 1. Wahl im „Kompetenzteam“ der CDU/CSU

Wie vor 100 Jahren: Die Erkenntnisse von Prof. Kirchhof zur Stellung der Frau in der Gesellschaft.

xibel. Einerseits beteuerte er der CDU, sich an die Vorgaben des Wahlprogramms zu halten. Andererseits wird er nicht müde, in Fachzeitschriften wie „Handelsblatt“ seine „Utopien“ auszubauen.

Der Bundeskanzler hält Kirchhofs Steuerpläne für „sozial zutiefst ungerecht“ und Bundesfinanzminister Eichel

Frau Merkels noch Herrn Kirchhofs Pläne auch nur ansatzweise finanzieren ließen. Auch die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer würde dazu bei weitem nicht ausreichen. Die Bürger müssten also, wenn Frau Merkel Kanzlerin würde, mit weiteren Grifffen in ihre Taschen rechnen.

Die Streichliste von CDU/CSU/FDP

Um die Steuergeschenke an Spitzenverdiener wenigstens teilweise auszugleichen, will die CDU mit Kirchhof folgende Vergünstigungen streichen:

- | | |
|--|---|
| ► Sparerfreibetrag | Daneben sollen steuerpflichtig werden: |
| ► Pendlerpauschale | ► Trinkgelder |
| ► Behindertenpauschalbeträge | ► Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit |
| ► Aufwendungen für Heimunterbringungen | ► Übungsleiterpauschale |
| ► Pflegepauschalbeträge | ► Mutterschafts- und Krankengeld |
| ► Ausbildungskosten | ► Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung |
| ► Kinderbetreuungskosten | |

Das ist Merkels Steuerpolitik:

Mehrwertsteuer rauf! Spitzenverdiener erhalten Steuergeschenke, Steuervorteile für Arbeitnehmer werden gestrichen!

Leistungsbilanz

► Frau Dr. Reimann, Sie vertreten Braunschweig seit über fünf Jahren im Deutschen Bundestag und werden bei der Wahl am 18. September erneut für die SPD kandidieren. Warum sollten sich nach Ihrer Meinung die Wählerinnen und Wähler erneut für Sie entscheiden?

Dr. Reimann: Dem Bundestag gehören zwar eine Vielzahl von Juristen, aber nur wenige Naturwissenschaftler an. Nichts gegen Juristen, aber ich denke schon, dass es auch Abgeordnete geben muss, die eigenen Sachverstand und Kenntnisse bei den immer schwieriger werdenden Fragen beispielsweise der Biotechnologie in die Arbeit des Bundestages einbringen können. So gehöre ich den Bundestagsausschüssen für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung an und arbeite in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ mit. Vor allem aber finde ich es

wichtig, die Interessen von Stadt und Region in die Parlamentsarbeit einzubringen.

► Können Sie das an Beispielen erläutern?

Dr. Reimann: Braunschweig ist einer der bedeutendsten Wissenschaftsstandorte der Bundesrepublik. Der Erhalt und die Stärkung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Stadt und Region ist wichtig für die Wirtschaftskraft, für hochqualifizierte Arbeitsplätze, für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Während die CDU/FDP-Landesregierung durch immer neue Kürzungen die Arbeit der niedersächsischen Universitäten gefährdet – auch der TU Braunschweig – habe ich daran mitgearbeitet, dass die Bundesregierung die Mittel für die Förderung von Wissenschaft und Forschung in den vergangenen Jahren ständig erhöht hat. Seit September 2002 sind über 22 Millionen Euro Bundesmittel als Projektförderung nach Braunschweig

geflossen.

Überhaupt liegt uns Bildung und Ausbildung am Herzen. So hat die Bundesregierung vier Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen bereitgestellt. Mit diesem Programm werden Schulen in Braunschweig in einem Umfang von über 15 Millionen Euro gefördert.

Die Bedeutung dieses Programms für die Zukunftschancen unserer Kinder kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Damit es voll zum Tragen kommt, müsste die CDU/FDP-Landesregierung allerdings auch bereit sein, für die Einstellung der erforderlichen Lehrerinnen und Lehrern zu sorgen.

► Können Sie weitere Erfolge vorweisen?

In Braunschweig an der Ackerstraße gibt es eine Zivildienstschule. Hier werden Zivildienstleistende aus dem gesamten norddeutschen Raum auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

So kommen viele hochqualifizierte junge Menschen nach Braunschweig, lernen unsere Stadt kennen und lieben und schlagen hier vielleicht Wurzeln. Diese Einrichtung sollte geschlossen werden. Dass es gelungen ist, die Schließung zu verhindern, rechne ich mir zu einem erheblichen Teil als persönlichen Erfolg an.

Oder nehmen Sie die A39. Seit vielen Jahren ist ihr Weiterbau bis zum Kreuz Braunschweig-Königsutter überfällig. Zusammen mit meinen Kollegen Hans-Jürgen Uhl aus Wolfsburg und Hubertus Heil aus Peine ist es mir gelungen, die Mittel für den Weiterbau der A39 bis zum Autobahnkreuz Wolfsburg-Königsutter in den Bundeshaushalt einzustellen. Damit ist die zügige Fertigstellung dieses wichtigen Bauvorhabens gesichert – mit der Folge einer erheblichen Entlastung des Verkehrs in Braunschweig.

Und ich habe mit Erfolg dafür gekämpft, dass erneut Bundesmittel in Millionenhöhe für Ausbau und Modernisierung des Braunschweiger Hafens zur Verfügung gestellt wurden.

► Was sind Ihre Ziele in den nächsten vier Jahren, falls Sie wieder in den Bundestag einziehen?

Ich würde natürlich gern in „meinen“ Ausschüssen weiterarbeiten und die Braunschweiger Interessen auch weiterhin erfolgreich in Berlin vertreten. Vor allem aber möchte ich mitwirken, den Angriff von CDU und FDP auf die Rechte und den Lebensstandard der Arbeitnehmer abzuwehren – also keine Steuererhöhung für den „kleinen Mann“ bei Steuerentlastung der Großverdiener, Fortbestand der Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertagszulagen, Abwehr der Kopfpauschale bei der Krankenversicherung und Fortbestand des Kündigungsschutzes.

► Dazu wünschen wir Ihnen viel Erfolg, Frau Dr. Reimann.



■ Die Naturwissenschaftlerin Dr. Carola Reimann setzt im Bundestag Schwerpunkte in den Bereichen Gesundheit, Wissenschaft und Forschung.

Erfolge ihrer Arbeit: Ansiedlung des Bundesamtes für Verbraucherschutz im Jahre 2002 und seitdem 22 Millionen Euro Fördergelder für die Forschung in Braunschweig, Erhalt der Zivildienstschule, Bundesmittel für den Braunschweiger Hafen, 44 Millionen für den Lückenschluss der A39 usw.

Dr. Carola Reimann: Zur Person

- 1967 in Goch geboren
- 1987 Abitur, Studium der Biotechnologie an der Technischen Universität Braunschweig
- 1993 Diplom
- 1994 Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Technologie an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig
- 1995 bis 1999 Promotion am Institut für Technologie an der FAL in Braunschweig
- 1998 bis 1999 Referentin im Bereich „Public Health“
- 2000 Projektleiterin medizinisches Marketing

Politischer Werdegang

- Februar 2000 Eintritt in den Bundestag für den am 21.02.2000 ausgeschiedenen Abgeordneten Ernst Schwanhold
- Seit 2002 Direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis Braunschweig
 - Mitglied in Ausschüssen für „Gesundheit und Soziale Sicherung“ und für „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“
 - Mitglied der Enquete-Kommission „Ethik und Recht in der modernen Medizin“
 - Unterbezirksvorsitzende der SPD Braunschweig
- 2004 Wahl durch SPD-Bundestagsfraktion zur Senatorin der Fraunhofer-Gesellschaft



Auch in der Forschung zu Hause.

■ Nicht nur in der Politik zu Hause ist Dr. Carola Reimann. 22 Millionen Euro Forschungsgelder sind seit 2002 in die Region geflossen. Die Gesellschaft für biotechnologische Forschung (GBF) in Braunschweig ist eine der geförderten Institutionen. Das Bild zeigt Dr. Carola Reimann im Gespräch mit Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen (2. v.l., Bundesministerium für Bildung und Forschung) und Prof. Rud Balling (GBF) bei einem Besuch der GBF.

Foto: GBF

Ist Rot-Grün wirklich am Ende?

Die Opposition behauptet das, obwohl die CDU/CSU an den entscheidenden Reformen mitgewirkt hat. Und einige Presseorgane, angeführt von BILD und WELT, stoßen in das gleiche Horn.

Die Wahrheit sieht anders aus. Die einschneidenden Maßnahmen beginnen zu wirken. Niemand hat erwarten können, dass sich in wenigen Monaten große Erfolge einstellen. Jetzt aber mehren sich die Anzeichen eines beginnenden Aufstiegs. Ausgerechnet der wirtschaftsliberale ECONOMIST macht Stimmung für die deutsche Wirtschaft. Er lobt „Die wiederkehrende Gesundheit eines ehemals kranken Landes“ und urteilt „Deutschland ist superwettbewerbsfähig“.

Für ausländische Unternehmen gehört Deutschland längst zu den attraktivsten Standorten der Welt. Nach einer Studie des WORLD ECONOMIC FO-

RUM liegt Deutschland auf Platz 3 unter 104 untersuchten Ländern. Besonders gute Noten erhielten Infrastruktur, Ausbildung der Arbeitskräfte und Rechtssicherheit.

Das ZEW (Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung) sagt in seiner neuesten Konjunkturtafel einen deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % auf 1,5 % voraus.

Exportweltmeister Deutschland

Seit Jahren ist Deutschland Exportweltmeister mit einer jährlichen Steigerung um 5 %, und die sich langsam erholende Binnenkonjunktur wäre sicherlich schon weiter, wenn die Opposition mit ihrem Gerede von der angeblichen Krise die Bürger nicht ständig verunsichern würde. Trotzdem ist auch hier laut ZEW eine Steigerung von 0,3 % in diesem Jahr auf 0,9 % im nächsten Jahr zu erwarten.

Ein Ärgernis für unsere Volkswirtschaft sind wortbrüchige Wirtschaftsunternehmen. Ackermanns Deutsche Bank war da nur die Spitze eines riesigen Eisberges. Jahrelang haben sie versprochen, bei weniger Lohnnebenkosten würden sie Arbeitsplätze schaffen. Nachdem die rot-grüne Mehrheit erheblich zur Senkung der Nebenkosten beigetragen hat, sind zwar die Gewinne beachtlich gestiegen, aber Arbeitsplätze sind nicht geschaffen worden. Im Gegenteil: Etliche Großbetriebe haben trotz gesteigerter Überschüsse viele Mitarbeiter entlassen. Statt in Investitionen sind die Gewinne in die Taschen der Aktionäre geflossen. Darf man diese neuen Arbeitslosen der Regierung anlasten? Gerechterweise nicht.

Soll die schwierige aber erfolgreiche Arbeit der Regierung jetzt, wo sie anfängt Früchte zu tragen, unterbrochen werden?

Arbeitsplätze durch Merkel & Co.?

Wer Frau Merkels und Herrn Westerwelles Versprechungen hört, sollte sich an Helmut Kohls Gerede von den blühenden Landschaften erinnern. 16

Jahre hat die CDU/CSU-Regierung die drängenden sozialen Probleme vor sich her geschoben. Erst Rot-Grün hat gehandelt und anfangs Unmut in der Bevölkerung hervorgerufen. Inzwischen haben schon

viele Bürgerinnen und Bürger eingesehen, dass der Weg zum gelobten Land durch ein Tal der Tränen führen musste. Soll jetzt, wo der Erfolg sichtbar wird, die Richtung wieder gewechselt werden?

Sie haben 2 Stimmen!



Erststimme

für Dr. Carola Reimann



Zweitstimme

für Kanzler Gerhard Schröder



Vertrauen in Deutschland.

SPD

Unabhängig – nicht parteigebunden?

Die Braunschweiger Zeitung trägt auf ihrer Titelseite gleich unter dem Namen die Angabe: Unabhängig – nicht parteigebunden. Das mag auch so sein. Das bedeutet nicht, dass dieses Blatt auch parteipolitisch neutral ist. Dies



In der Braunschweiger Zeitung nicht zu finden: Die Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden der SPD, Franz Müntefering, auf dem Kohlmarkt.

merkt man insbesondere in Wahlkampfzeiten – etwa an Kommentaren zur Bundespolitik mit viel Lob für Schwarz-Gelb und dauernder Kritik an der Bundesregierung oder an Wahlaussagen der Sozialdemokraten und der Grünen. Dennoch kann man damit leben – immerhin sind diese Kommentare deutlich als persönliche Meinung des jeweiligen Redakteurs gekennzeichnet. Und man muss diese Artikel ja nicht lesen, wenn man sich nicht ärgern will.

Bedenklicher wird es schon, wenn fast eine ganze Zeitungsseite der Kritik des ehemaligen CDU-Staatssekretärs Dr. Köh-

ler an der Außenpolitik der Bundesregierung gewidmet wird, ohne den persönlichen und politischen Hintergrund dieses Mannes hinreichend zu erläutern. Immerhin war Dr. Köhler kein neutraler Berufsdiplomat aus dem Auswärtigen

tet wird. So traten die Parteivorsitzenden von CDU und SPD, Frau Dr. Merkel und Franz Müntefering, bei Wahlkampfveranstaltungen ihrer Parteien in Braunschweig auf. Wie es einem solchen Ereignis angemessen ist, wurde über den Auftritt von Frau Merkel umfangreich berichtet. Die Veranstaltung der SPD vor einem etwa gleich großen Teilnehmerkreis und unter Mitwirkung von Frau Prof. Gesine Schwan, immerhin vor gut einem Jahr Kandidatin für die Wahl zum Bundespräsidenten, war der BZ keine Zeile wert. Auch einen Bericht über die SPD-Veranstaltung mit der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn suchte man in dieser Zeitung vergeblich. An mangelndem Platz dafür wird es ja wohl kaum liegen ...

Vielleicht sollte man allen Braunschweigerinnen und Braunschweigern, die an einer vollständigen Berichterstattung über ihre Stadt interessiert sind, die „Peiner Allgemeine Zeitung“ empfehlen. Die berichtet zwar schwerpunktmäßig über Ereignisse in Peine, hat aber zusätzlich eine Seite „Braunschweig aktuell“. Und hier wird tatsächlich das volle Geschehen in Braunschweig geschildert – ohne Bevorzugung der einen oder der anderen Richtung. So findet neben Frau Dr. Merkel auch Franz Müntefering statt und neben CDU-OB Dr. Hoffmann auch Ministerin Bulmahn und die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann.

Ob das nicht ein Vorbild für die BZ sein könnte? Der journalistische Anstand gebietet, mitzuteilen, um wen es sich bei diesem Kritiker handelt, um dem Leser eine Wertung seiner Aussagen zu ermöglichen. Aber vielleicht kann man eine objektive Darstellung von der BZ auch nicht verlangen.

Unverständlich ist, wenn über wichtige Ereignisse in unserer Stadt erst gar nicht berich-

tet wird. So traten die Parteivorsitzenden von CDU und SPD, Frau Dr. Merkel und Franz Müntefering, bei Wahlkampfveranstaltungen ihrer Parteien in Braunschweig auf. Wie es einem solchen Ereignis angemessen ist, wurde über den Auftritt von Frau Merkel umfangreich berichtet. Die Veranstaltung der SPD vor einem etwa gleich großen Teilnehmerkreis und unter Mitwirkung von Frau Prof. Gesine Schwan, immerhin vor gut einem Jahr Kandidatin für die Wahl zum Bundespräsidenten, war der BZ keine Zeile wert. Auch einen Bericht über die SPD-Veranstaltung mit der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn suchte man in dieser Zeitung vergeblich. An mangelndem Platz dafür wird es ja wohl kaum liegen ...

Vielleicht sollte man allen Braunschweigerinnen und Braunschweigern, die an einer vollständigen Berichterstattung über ihre Stadt interessiert sind, die „Peiner Allgemeine Zeitung“ empfehlen. Die berichtet zwar schwerpunktmäßig über Ereignisse in Peine, hat aber zusätzlich eine Seite „Braunschweig aktuell“. Und hier wird tatsächlich das volle Geschehen in Braunschweig geschildert – ohne Bevorzugung der einen oder der anderen Richtung. So findet neben Frau Dr. Merkel auch Franz Müntefering statt und neben CDU-OB Dr. Hoffmann auch Ministerin Bulmahn und die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann.

Ob das nicht ein Vorbild für die BZ sein könnte?

Profiteure des Elends

Wir alle sehen es mit Entsetzen: die furchtbaren Bilder aus dem Süden der USA, die Zerstörung von New Orleans und Biloxi, die vielen Toten und Verletzten, die Verwüstung eines ganzen Landstriches so groß wie zwei Drittel der Bundesrepublik Deutschland.

Kaum zu glauben, dass es Menschen gibt, die dieses Elend für ihre Zwecke ausnützen wollen. Gemeint sind die Banden, die plündern, rauben, morden und stehlen. Polizei und Nationalgarde scheinen nicht in der Lage, dieses Treiben zu beenden – einfach furchtbar.

Gemeint sind aber auch die Ölmultis. Sie nützen die günstige Gelegenheit, dass die USA Benzol, Diesel und Heizöl jetzt verstärkt in Europa einkaufen, zu einem massiven Drehen an der Preisschraube. Obwohl die Ölförderung insgesamt kaum gelitten hat, kassieren sie an der Rotterdamer Börse für Öl und Ölprodukte Höchstpreise. Sie nehmen, was sie kriegen können

– wie die Banden in den zerstörten Städten im Süden der USA nach dem Hurrikan.

Gemeint sind aber auch CDU, FDP und ihr getreues Sprachrohr – die Springer-Presse, BILD, Welt und wie diese Blätter alle heißen. Diese Zeitungen prangern nicht etwa die Preistreiberei der Ölmultis

Angriffen auf die Ökosteuer. Sie verschweigen dabei, dass die von ihnen geplante „Merkelsteuer“ die Preise zusätzlich anheizen würde. Sie fordern außerdem, die nationale Ölreserve zu verschleudern. Dabei wissen sie genau: Das einzige Ergebnis wären noch höhere Gewinne der Ölmultis – die hohen Preise



für Benzin, Diesel und Heizöl würden bestimmt nicht gesenkt. Vor dem Hintergrund von Tod, Leid und Zerstörung im Süden der USA ist das zynisch und erbärmlich.

Nun mag es ja sein, dass es nicht zu verhindern ist, dass die Ölmultis an Tod, Leid und Zerstörung profitieren. Aber dass Schwarz-Gelb daraus Gewinn zieht, können wir alle verhindern – mit unserer Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 18. September.

Nun mag es ja sein, dass es nicht zu verhindern ist, dass die Ölmultis an Tod, Leid und Zerstörung profitieren. Aber dass Schwarz-Gelb daraus Gewinn zieht, können wir alle verhindern – mit unserer Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 18. September.

Bürger fragen Dr. Carola Reimann zur Patientenverfügung

Das Thema Patientenverfügung bewegt seit der Berichterstattung über die amerikanische Kompatientin Terri Schiavo viele Bürger. Sie wenden sich bei Veranstaltungen mit ihren Fragen an die Braunschweiger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann, die als Naturwissenschaftlerin und Mitglied der „Enquetekommission für Recht und Ethik in der modernen Medizin“ kompetente Antworten gibt. Sie hat aktiv an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs mitgewirkt, der die derzeitige Praxis auf eine rechtliche Grundlage stellen wird.

An die Form der Patientenverfügung sind keine komplizierten Anforderungen gestellt, erklärt Carola Reimann: Die Verfügung sollte schriftlich, mit Datum und Unterschrift verfasst sein. Sie kann frei formuliert werden und sollte gelegentlich aktualisiert, sowie erneut unterschrieben werden. Eine teure notarielle Beurkundung ist nicht nötig. Dr. Reimann rät von fertigen Vordrucken, auf denen nur angekreuzt wird, eher ab. Eine individuelle Verfügung erleichtert es dem Arzt, sich danach zu richten,

denn andernfalls wäre er laut derzeitiger Gesetzeslage verpflichtet, alle zur Lebenserhaltung möglichen Mittel unbegrenzt anzuwenden.

Medizin rät sie dringend zu einem vorherigen Beratungsgespräch mit dem Arzt.

Inhaltlich kann jeder entscheiden, welche lebenserhal-



Dr. Carola Reimann im Gespräch zur Patientenverfügung in Stöckheim. Foto: Alexander Gräbner

Ein Verwandter oder guter Freund sollte als „Vorsorgevollmächtigter“ eingesetzt werden, damit er im Ernstfall einen Arzt auf die Patientenverfügung hinweisen kann. Hilfreich sei es auch, so Dr. Reimann, wenn deren Existenz auf der geplanten, elektronischen Patientenkarte vermerkt würde. Bei den vielen Möglichkeiten der modernen

tenden oder –verlängernden medizinischen Maßnahmen er wie lange wünscht. Mit dieser Festlegung nimmt der Patient seinen Angehörigen eine schwierige, oft belastende Entscheidung ab.

Dr. Reimann will sich dafür einsetzen, dass der vorliegende Gesetzentwurf Anfang nächsten Jahres beschlossen wird.

Brauchen wir den Wechsel? Oder will man uns das nur einreden?

Wer objektiv urteilen will, muss sich an Fakten und nicht an Stimmungen orientieren. Nehmen wir das Beispiel Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 1998, am Ende der Kohl-Regierung, lag die Arbeitslosenquote bei 11,1 Prozent, im Jahr 2004 betrug sie 10,5 Prozent.

Noch deutlicher wird die Verbesserung bei der Zunahme der Arbeitsplätze. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Durchschnitt des Jahres 1998 bei 37,9 Millionen und ist bis zum Jahr 2004 auf 38,9 Millionen, also um ca. eine Million, angestiegen.

Das ist zugegebenermaßen nur ein geringer Zuwachs, aber es ist ein beachtlicher Erfolg, wenn man bedenkt, dass er trotz großer Konkurs-Ereignisse (Philip Holtzmann u.a.) und Massenentlassungen in Großkonzernen zustande gekommen ist.

Der Wirtschaft geht es dank der von Rot-Grün eingeleiteten Maßnahmen besser, nur hat das bisher eher selten zu neuen Arbeitsplätzen geführt. Viele Konzerne haben hohe Gewinnzuwächse. Unsere NORD/LB, Niedersachsens führende Bank, hat kürzlich einen Gewinnzuwachs von 35,8 Prozent für das erste Halbjahr 2005 gemeldet. Das entspricht einer Steigerung des



Trotz hoher Gewinne werden Arbeitsplätze abgebaut: die NORD/LB in Braunschweig. Foto: Alexander Gräbner

Reingewinns um 95,6 Millionen Euro. Aber die Gewinnzuwächse werden überwiegend in die Taschen der Aktionäre fließen und nicht in die für die Volkswirtschaft wichtigen Investitionen. Und Arbeitsplätze werden abgebaut!

Wenn wir also einen Wechsel

nötig hätten, dann nicht bei einer gut arbeitenden Regierung, sondern möglicherweise in einigen Konzernvorständen.

(Die Zahlen in diesem Artikel stammen von der Bundesagentur für Arbeit, dem Statistischen Bundesamt und der Homepage der NORD/LB)

Vor 35 Jahren

1970 war ein Jahr des Friedens

Den Auftakt bildeten zwei Treffen Willy Brandts mit DDR-Ministerpräsident Stoph in Erfurt und Kassel. Dabei hat der Bundeskanzler sein 20-Punkte-Programm zur Gleichberechtigung beider deutscher Staaten vorgelegt.

Als dann der Gewaltverzichtvertrag zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Kossygin (UdSSR) geschlossen wurde, war die Entspannung zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten und der Nato auf den Weg gebracht.

Den Abschluss dieses Friedensjahres bildete der von

Außenminister Walter Scheel sorgsam vorbereitete, und von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Cyrankiewicz unterzeichnete deutsch-polnische Vertrag. In ihm wurde die Oder-Neiße-Grenze als Bedingung für einen Friedensvertrag festgelegt.

CDU/CSU und NPD haben damals die sozialliberale „Ost- oder Verzichtspolitik“ heftig bekämpft. Einige führende FDP-Politiker sind zur Union übergetreten. Aber Willy Brandt erhielt ein Jahr danach, 1971, den Friedensnobelpreis.

Aus heutiger Sicht wissen wir, dass ohne diese mutigen Schritte Willy Brandts und der SPD die Überwindung der Sowjet-

union durch Michail Gorbatschow und die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen wären.

Impressum

Braunschweiger Volksfreund
Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Dettel Kühn (VfSdP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Nicole Palm, Manfred Pesditschek

Druck: Braunschweiger Druck

Erscheinungsweise: unregelmäßig, Auflage: 146.000.

Bankverbindung/ Spendenkonto der SPD-Braunschweig: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

